

Niels Dehmel

Wege aus dem Wahlrechtsdilemma

Eine komparative Analyse ausgewählter Reformen
für das deutsche Wahlsystem



Nomos

„Parteien und Wahlen“ – so der Titel der Reihe – sind zentral für die politische Willensbildung. Bei Wahlen entscheiden Bürgerinnen und Bürger darüber, wem sie die politische Führung anvertrauen. Wahl heißt allerdings immer: Herrschaft auf Zeit. Und Wahl heißt auch: Auswahl. Eine repräsentative Demokratie benötigt Parteien als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Regierung. Diese dienen der politischen Führungsauslese, wollen politische Verantwortung übernehmen und sollen unterschiedliche Interessen artikulieren. Sie selbst sind dem Postulat der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Bei aller Kritik an ihnen: Eine demokratische Alternative zu ihnen gibt es nicht.

In dieser Reihe sollen Bücher mit einschlägigem Inhalt veröffentlicht werden: Monographien und Sammelbände. Dabei kann es sich um Themen handeln, denen grundlegende oder denen aktuelle Relevanz zukommt. Das Spektrum ist weit gespannt. Es reicht von Wahlanalysen über Studien zum Parteiensystem oder zu einzelnen Parteien. Auch die lange vernachlässigte Koalitionsforschung findet Berücksichtigung. Gleiches gilt für die Parlamentarismus- und die Wahlsystemforschung. Die Herausgeber wollen wichtige Analysen im Umkreis der Themen Parteien und Wahlen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen. Parteienkritik und alternative Partizipationsformen als Herausforderungen für die Parteiendemokratie gehören dazu. Möge dieses Themenspektrum auf Interesse bei einem größeren Leserkreis stoßen: bei interessierten Beobachtern der Politik, bei Multiplikatoren der politischen Bildung und bei der Wissenschaft.

Parteien und Wahlen

herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

Band 21

Niels Dehmel

Wege aus dem Wahlrechtsdilemma

Eine komparative Analyse ausgewählter Reformen
für das deutsche Wahlsystem



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Technische Univ., Diss., 2019

u.d.T.: Die Reform des personalisierten Verhältniswahlsystems der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse ausgewählter Reformmöglichkeiten unter veränderten Kontextbedingungen

ISBN 978-3-8487-6697-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0754-1 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Familie

Danksagung

*„Man muss noch Chaos in sich haben,
um einen tanzenden Stern gebären zu können.“*

Friedrich Nietzsche

Mit diesen Worten, mit denen Nietzsche an die ureigene Schaffenskraft des Menschen appellierte, sprach er zugleich die schwierige Balance zwischen der strukturellen Gebundenheit und dem Streben nach etwas Neuem an, der jeder auf seinem eingeschlagenen Weg begegnen würde. Wer eine Dissertation verfasst hat, kennt diesen herausfordernden Ausgleich nur allzu gut: Man möchte seine Ideen verwirklichen, kreativ sein und etwas Besonderes schaffen. Dies gelingt aber nur, wenn man sich der grundlegenden wissenschaftlichen Tugenden bedient und das Ziel seines Weges nicht aus den Augen verliert. Oder wie es mein Doktorvater so präzise zu formulieren wusste: „Schreibe, schreibe und schreibe!“. Die vorliegende Arbeit ist das geringfügig überarbeitete und aktualisierte Ergebnis dieses Schreibprozesses. Sie wurde im Jahr 2019 von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz angenommen und bildet den Endpunkt einer spannenden und lebensprägenden Reise.

Es sind meine Reisegefährten und Wegbegleiter, denen an dieser Stelle mein großer Dank gebührt. Sie nahmen nicht nur mit mir diesen anspruchsvollen, mitunter mühsamen, aber so lohnenswerten Weg auf, wir beschritten auch gemeinsam die Etappen, sodass ich heute mit Gewissheit sagen kann: Ohne sie könnte ich diese Worte nicht verfassen.

Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Eckhard Jesse, verdanke ich nicht nur mein Wissen über die Bedeutung des Schreibens bei einer Dissertation. Dank seiner großartigen Unterstützung, seiner intensiven Betreuung und seiner fortwährenden Motivation konnte mein Promotionsvorhaben gelingen. Er half mir mit fachlichen Anregungen, konstruktiver Kritik und hatte stets ein offenes Ohr für meine Anliegen. Vor allem verlor er nie den Glauben an mich, auch wenn ich seiner Geduld gewiss viel abverlangte. Dafür danke ich ihm herzlich. Ferner gilt meine Dankbarkeit Prof. Dr. Eric Linhart für sein Zweitgutachten.

Für ihre finanzielle und ideelle Förderung möchte ich mich bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. bedanken. Insbesondere die Möglichkeit, im Rahmen des Promotionskollegs „Demokratie in Europa“ in den Austausch mit anderen Stipendiaten zu treten und Passagen meiner Arbeit vorstellen

Danksagung

zu dürfen, empfand ich als große Bereicherung. Das Gleiche trifft auf die Doktorandenkreise meines Doktorvaters zu, deren besondere Atmosphäre die fachliche Zusammenkunft in ein freundschaftliches Wiedersehen verwandelte.

Von ganzem Herzen danke ich meiner Familie für ihren starken Rückhalt und für ihre stete Motivation in den zurückliegenden Jahren. Meinen Eltern gebührt der größte Dank. Ohne ihre selbstlose, unermüdliche Unterstützung und ihr großes Verständnis hätte ich mein Promotionsvorhaben nicht realisieren können. Mit Dankbarkeit erinnere ich mich auch an die warmen und motivierenden Worte meiner Omi: „Komm, nun mach das doch fertig!“ Ich konnte ihr diesen Wunsch nun endlich erfüllen. Darüber hinaus gilt mein tiefer Dank meiner wunderbaren Frau. Gerade in der arbeitsintensiven finalen Phase gab sie mir mit ihren liebevollen Worten Halt, entlastete mich über Gebühr und verlieh mir so die notwendige Kraft, die letzten Schritte meines Weges zu gehen. Schließlich danke ich meinen Freunden, auf deren Unterstützung ich mich jederzeit verlassen konnte. Mit ihren inhaltlichen Anregungen, den gewissenhaften Korrekturen und ihrem wertvollen Feedback haben sie maßgeblich zum Erfolg meiner Dissertation beigetragen. Für ihre immerwährende Hilfsbereitschaft und vor allem für die gemeinsame Zeit möchte ich mich bei Christoph John, Benjamin Page, Madeleine Petschke, Norman Reiche und Nils Werner herzlich bedanken.

Berlin, August 2020

Niels Dehmel

Vorwort

Beim Thema „Wahlsystem“ springen oft zwei Positionen ins Auge: Die einen sehen dieses Feld als uninteressant, trocken und fade an, die anderen – deutlich weniger – sind eine Art Sektierer, die sich zutiefst davon überzeugt zeigen, es gäbe schlechthin ein „bestes“ Wahlsystem. Diese Richtung misst der Thematik eine extrem große Relevanz bei. Herr Niels Dehmel ist von beiden Positionen weit entfernt. Auf der einen Seite lehnt er jeden Wahlrechtsdogmatismus ab, auf der anderen Seite analysiert er intensiv und scharfsinnig verschiedene Reformansätze, weil die Wahlrechtsmaterie für ihn nicht ohne Belang ist. Die Gretchenfrage nach der Präferenz für ein Verhältniswahl- oder Mehrheitswahlsystem steht nicht im Vordergrund – Dehmel stellt das in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Verhältniswahlsystem nicht prinzipiell in Frage. Für ihn sind die in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft erörterten Reformvorschläge analysebedürftig. Die Arbeit geht nicht in die Breite, sondern in die Tiefe.

Dehmels Leitfrage lautet: „Welche Reformmöglichkeiten eignen sich, die Funktionsdefizite der personalisierten Verhältniswahl seit 1990 unter den veränderten Kontextfaktoren bestmöglich zu beheben und die Leistungsbilanz des Wahlsystems nachhaltig zu verbessern?“ Die sieben Gestaltungselemente, die Wahlkreiseinteilung, die Kandidatenaufstellung, die Stimmgebung, die Sperrklauseln sowie die zeitlichen Rahmenbedingungen, das Wahlalter und die Überhang-/Ausgleichsmandate sind nicht willkürlich gewählt. Im Vordergrund steht für den Wissenschaftler in einer demokratietheoretischen Studie zu Recht nicht die Frage der Realisierbarkeit. Der Verfasser ist sich der folgenden Tatsache bewusst: Reformen in einem Bereich können Reformen in einem anderen verändern. Sein intensiv erörterter Kriterienkatalog basiert auf acht Prinzipien: Stimmen-Mandate-Relation – Repräsentation – Konzentration – Effektivität – Partizipation – Zurechenbarkeit von Entscheidungen – Transparenz – Legitimität.

Der Kern der Studie ist das Mammutkapitel „Reformansätze und -möglichkeiten“. Jedes Unterkapitel ist analog aufgebaut, erst Schilderung der Problemanalyse, dann Überlegungen zu Reformmöglichkeiten, ehe die Bewertung folgt. Das Unterkapitel über die Sperrklauseln ist in seinem Differenzierungsvermögen charakteristisch für Dehmels Arbeit. Die Problemanalyse umfasst die verfassungsrechtliche Grundlage, die verfassungsrechtliche Diskussion, die Fünf-Prozent-Klausel sowie die Grundmandats- und

Vorwort

Alternativklausel (besser: Grundmandats- bzw. Alternativklausel); die Reformmöglichkeiten beziehen sich auf die Modifikation oder Abschaffung der Sperrklausel bzw. Grundmandatsklausel, auf die Ausnahmeregelung für Parteien nationaler Minderheiten und auf flexible Lösungen. Das Ergebnis der Bewertung: Nur das Kriterium der Zurechenbarkeit wirkt sich im Kern auf keine der ins Auge gefassten sechs Reformmöglichkeiten aus. Insgesamt ist das Großkapitel zu den sieben Gestaltungselementen, die in Verbindung zu den acht Bewertungskriterien gesetzt werden, ein Musterbeispiel an Differenziertheit.

Der kriterienorientierte Vergleich ist doppelt angelegt – zum einen als intra-kriterieller Vergleich (erste Auswertungsstufe), zum anderen als inter-kriterieller Vergleich (zweite Auswertungsstufe). Dehmels Ergebnis: Nach dem intra-kriteriellen Vergleich bleiben 19 von 28 Reformmöglichkeiten als tauglich übrig (z. B. Abschaffung der Sperrklausel, Herabsetzung des Wahlalters). Gemäß dem inter-kriteriellen Vergleich haben von den 19 Reformmöglichkeiten nur sieben Bestand, weil sie in der Gesamtschau der Kriterien zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz beitragen: das Einstimmensystem, die lose gebundenen Listen, das Kontingent-Verfahren, die Nebenstimme, die Abschaffung der Grundmandatsklausel, das Wahlrecht ab 16, die Verlängerung der Wahlperiode. Damit verbessert sich die Leistungsbilanz vor allem bei den Kriterien „Repräsentation“, „Partizipation“ und „Transparenz“. Was die sieben Gestaltungselemente betrifft, so scheiden sinnvolle Reformen bei der Wahlkreiseinteilung und bei den Überhangmandaten aus. Dehmel prüft weiterhin den Vergleich der reformerischen Qualität – und zwar anhand dreier Merkmale: der „Treffsicherheit“, der „Berechenbarkeit“ sowie der „Problemlösungskompetenz“.

Dehmels fünf Kernaussagen sind nicht nur nachvollziehbar, sondern auch gut hergeleitet: (1) Beim hiesigen Wahlsystem besteht – abgesehen von der offensichtlichen Überhangmandatsproblematik – beträchtlicher Reformbedarf in puncto Partizipation und Verständlichkeit. (2) Es gibt zwischen den Reformmöglichkeiten Zielkonflikte – etwa zwischen Beteiligungs- und Verständlichkeitsorientierung. (3) Da Einzelreformen die Leistungsbilanz nur bedingt verbessern, ist eine Kombination von Reformen notwendig. (4) Die Leistung des Wahlsystems lässt sich ferner abseits von wahlsystematischen Eingriffen steigern. (5) Eine umfassende (in sich) geschlossene Wahlsystemreform ist notwendig, eine abgeschlossene wirklichkeitsfern, da die jeweiligen Kontextbedingungen zu berücksichtigen sind.

Die Studie ist logisch und systematisch aufgebaut. Ein besonderes Lob verdient Dehmel für folgenden Befund: Es gelingt ihm, dank seiner ausgefeilten Methodik, den Zusammenhang zwischen den einzelnen Kapiteln

mustergültig herzustellen. Das Werk betritt in methodischer, deskriptiver, analytischer und präskriptiver Sicht Neuland.

Eckhard Jesse und Roland Sturm

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	17
Tabellenverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	29
I. Einleitung	33
1. Untersuchungsgegenstand und Problemstellung	33
2. Forschungsstand	44
3. Methodik	79
4. Aufbau	95
II. Theoretische Grundlagen	100
1. Wahlrecht und Wahlsystem	100
2. Wahlsystemtypen	113
3. Die Komplexität moderner Wahlsystemreformprozesse	125
4. Analyserahmen	130
4.1 Gestaltungselemente des personalisierten Verhältniswahlsystems	130
4.2 Kontextbezogene Bewertungskriterien	148
4.3 Auswertung und Vergleich	177
III. Das personalisierte Verhältniswahlsystem	183
1. Einführung und Reformen	183
2. Wahlsystemtechnik	209
3. Kontextfaktoren seit 1990	218
3.1 Parteiensystem	218
3.2 Wählerschaft und Wahlverhalten	253

Inhaltsverzeichnis

4. Bewertung	297
IV. Reformansätze und -möglichkeiten	316
1. Wahlkreiseinteilung	316
1.1 Problemanalyse	316
1.1.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen und historische Entwicklung	316
1.1.2 Widersprüche und Inkonsistenzen bei den Wahlkreistoleranzen	324
1.1.3 Gewandelte Rolle der Wahlkreiseinteilung	330
1.2 Reformmöglichkeiten	340
1.2.1 Verringerung der Gesamtmandatszahl	340
1.2.2 Umstrukturieren der Mandatsanteile	342
1.2.3 Mehrpersonenwahlkreise	345
1.2.4 Zweipersonenwahlkreise	349
1.3 Bewertung	353
2. Kandidatenaufstellung	362
2.1 Problemanalyse	362
2.1.1 Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen	362
2.1.2 Doppelkandidaten	365
2.1.3 Sichere Listenplätze und sichere Wahlkreise	374
2.1.4 Begrenzte Auswahl- und Einflussmöglichkeiten	376
2.2 Reformmöglichkeiten	380
2.2.1 Offene Listen	380
2.2.2 Lose gebundene Listen	382
2.2.3 Kontingent-Verfahren	384
2.2.4 Vorwahlen	386
2.3 Bewertung	390
3. Stimmgebung	399
3.1 Problemanalyse	399
3.1.1 Zweistimmenkonstruktion im deutschen Wahlsystem	399
3.1.2 Stimmensplitting	406
3.1.3 Personalisierungseffekt im Zweistimmensystem	415
3.1.4 Koalitionssplitting im Zweistimmensystem	439
3.2 Reformmöglichkeiten	453
3.2.1 Einstimmensystem	453
3.2.2 Einstimmensystem mit impliziter Listenwahl	458
3.2.3 Alternativ- bzw. Nebenstimme	463

3.3	Bewertung	464
4.	Sperrklauseln	471
4.1	Problemanalyse	471
4.1.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen und historische Entwicklung	471
4.1.2	Verfassungsrechtliche Diskussion und Bedeutung	473
4.1.3	Fünf-Prozent-Sperrklausel	478
4.1.4	Grundmandats- und Alternativklausel	491
4.2	Reformmöglichkeiten	501
4.2.1	Modifikation oder Abschaffung der Sperrklausel	501
4.2.2	Modifikation oder Abschaffung der Grundmandatsklausel	509
4.2.3	Abschaffung der Befreiungsregelung für Parteien nationaler Minderheiten	511
4.2.4	Flexible Lösungen	512
4.3	Bewertung	518
5.	Überhang- und Ausgleichsmandate	527
5.1	Problemanalyse	527
5.1.1	Definition und Entstehung	527
5.1.2	Aufkommen und Verteilung	536
5.1.3	Politische und verfassungsrechtliche Debatte	543
5.1.4	Inverse Erfolgswerte	550
5.1.5	Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 3. Juli 2008	560
5.1.6	Reformdebatte und Bundeswahlgesetz vom 25. November 2011	565
5.1.7	Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 25. Juli 2012	573
5.1.8	Bundeswahlgesetz vom 3. Mai 2013	577
5.2	Reformmöglichkeiten	596
5.2.1	Ausgleichslösungen	596
5.2.2	Kompensationsmodelle	602
5.2.3	Bundesliste	607
5.2.4	Automatisches Mandatszuteilungsverfahren	609
5.3	Bewertung	613
6.	Wahlalter	622
6.1	Problemanalyse	622
6.1.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen und historische Entwicklung	622
6.1.2	Gewandelte demografische Voraussetzungen	637

Inhaltsverzeichnis

6.1.3 Empirische Erfahrungen mit dem Wahlrecht für Minderjährige	643
6.1.4 Widersprüche in der Wahlalterdebatte	651
6.2 Reformmöglichkeiten	662
6.2.1 Herabsetzen des Wahlalters	662
6.2.2 Derivatives Elternwahlrecht	664
6.2.3 Wahlrecht durch Eintragung	670
6.3 Bewertung	672
7. Zeitliche Rahmenbedingungen	680
7.1 Problemanalyse	680
7.1.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen	680
7.1.2 Diskontinuität der Wahlzyklen	684
7.1.3 Dauerwahlkampf	687
7.1.4 Wechselwirkung zwischen Bundestags- und Landtagswahlen	698
7.1.5 Bundesrat als Oppositionsparlament	717
7.2 Reformmöglichkeiten	724
7.2.1 Einheitliche Wahlperioden	724
7.2.2 Zusammenlegen der Wahltermine	728
7.3 Bewertung	734
V. Auswertung und Reformvorschlag	742
1. Auswertungsverfahren	742
1.1 Kriterienorientierter Vergleich	742
1.2 Vergleich der reformerischen Qualität	773
2. Reformvorschlag	778
VI. Schlussbetrachtung	785
1. Zusammenfassung	785
2. Perspektiven und offene Fragen	803
VII. Quellen- und Literaturverzeichnis	811
1. Quellen	811
2. Literatur	821

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Parlamentarisches und elektorales Format des Parteiensystems bei den Bundestagswahlen seit 1990	234
Abb. 2:	Fragmentierung des Parteiensystems (Index der effektiven Parteien) bei den Bundestagswahlen seit 1990	238
Abb. 3:	Stärkeverhältnis von CDU/CSU und SPD anhand der Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen seit 1990	241
Abb. 4:	Stärkeverhältnis von CDU/CSU und SPD anhand der Mandatsanteile bei den Bundestagswahlen seit 1990	242
Abb. 5:	Strukturelle Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen seit 1990	244
Abb. 6:	Stärkeverhältnis von CDU/CSU und FDP im Vergleich zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen anhand der Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen seit 1990	246
Abb. 7:	Stärkeverhältnis von CDU/CSU und FDP im Vergleich zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen anhand der Mandatsanteile bei den Bundestagswahlen seit 1990	247
Abb. 8:	Strukturelle Asymmetrie zwischen CDU/CSU-FDP und SPD-Bündnis 90/Die Grünen bei den Bundestagswahlen seit 1990	248
Abb. 9:	Volatilität bei den Bundestagswahlen seit 1990	251
Abb. 10:	Wahlbeteiligung nach Gebieten bei den Bundestagswahlen seit 1990	260
Abb. 11:	Wechselwähler bei den Bundestagswahlen seit 1990	275

Abbildungsverzeichnis

Abb. 12:	Wählerwanderungsmatrix der Bundestagswahl 2002	280
Abb. 13:	Wählerwanderungsmatrix der Bundestagswahl 2005	281
Abb. 14:	Wählerwanderungsmatrix der Bundestagswahl 2009	282
Abb. 15:	Wählerwanderungsmatrix der Bundestagswahl 2013	283
Abb. 16:	Wählerwanderungsmatrix der Bundestagswahl 2017	284
Abb. 17:	Mitgliederentwicklung der Bundestagsparteien seit 1990	292
Abb. 18:	Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen seit 1990	295
Abb. 19:	Direktmandatsanteile von CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen seit 1990	366
Abb. 20:	Nähe der Quotienten der Erst- und Zweitstimmenanteile der Parteien zum Idealwert bei den Bundestagswahlen seit 1990	419
Abb. 21:	Verlaufskurven der Erst- und Zweitstimmenwerte der Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	422
Abb. 22:	Splittingwähler der Parteien im Vergleich zur bundesweiten Splittingquote bei den Bundestagswahlen seit 1990	444
Abb. 23:	Entwicklung der Wahlbeteiligungsraten bei den Bundestags-, Landtags- und Europawahlen seit der deutschen Einheit	695
Abb. 24:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP) bei den Landtagswahlen von 1990 bis 1998 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl	705

Abb. 25:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP) bei den Landtagswahlen von 1990 bis 1998 im Vergleich zum Landeswahlergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl	706
Abb. 26:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) bei den Landtagswahlen von 1998 bis 2005 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl	708
Abb. 27:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) bei den Landtagswahlen von 1998 bis 2005 im Vergleich zum Landeswahlergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl	709
Abb. 28:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, SPD) bei den Landtagswahlen von 2005 bis 2009 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl	710
Abb. 29:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, SPD) bei den Landtagswahlen von 2005 bis 2009 im Vergleich zum Landeswahlergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl	711
Abb. 30:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP) bei den Landtagswahlen von 2009 bis 2013 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl	712
Abb. 31:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP) bei den Landtagswahlen von 2009 bis 2013 im Vergleich zum Landeswahlergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl	713
Abb. 32:	Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, SPD) bei den Landtagswahlen von 2013 bis 2017 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl	714

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 33: Gewinne und Verluste der Regierungsparteien (CDU/CSU, SPD) bei den Landtagswahlen von 2013 bis 2017 im Vergleich zum Landeswahlergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl 715

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Kontextbezogene Bewertungskriterien für die Analyse der Reformmöglichkeiten des personalisierten Verhältniswahlsystems	174
Tab. 2:	Zweitstimmenanteile der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	229
Tab. 3:	Mandatsanteile der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	230
Tab. 4:	Proportionalitätsindex und Anteil der nicht berücksichtigten Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen seit 1990	232
Tab. 5:	Überhangmandate bei den Bundestagswahlen seit 1990	236
Tab. 6:	Stärke der Volksparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	240
Tab. 7:	Mandatsbonus der stärksten Partei bei den Bundestagswahlen seit 1990	245
Tab. 8:	Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei den Bundestagswahlen seit 1990	258
Tab. 9:	Ungültige Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen seit 1990	259
Tab. 10:	Repräsentativität des Bundestages bei den Bundestagswahlen seit 1990	263
Tab. 11:	Wahlberechtigte nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen seit 1990	265

Tabellenverzeichnis

Tab. 12:	Wähler nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen seit 1990	266
Tab. 13:	Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen seit 1990	268
Tab. 14:	Briefwähler bei den Bundestagswahlen seit 1990	270
Tab. 15:	Treu gebliebene Wähler der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen von 2002 bis 2017	278
Tab. 16:	Kumulierte Wählerwanderung in Nettosalen bei den Bundestagswahlen von 1998 bis 2017	286
Tab. 17:	Analyse des personalisierten Verhältniswahlsystems gegenwärtiger Prägung anhand der Bewertungskriterien	313
Tab. 18:	Ausgangsgröße des Bundestages seit 1949	320
Tab. 19:	Verhältnis der Direkt- und Listenmandate bei den Bundestagswahlen seit 1990	338
Tab. 20:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Wahlkreiseinteilung anhand der Bewertungskriterien	360
Tab. 21:	Doppelkandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1990	368
Tab. 22:	Doppelkandidaten unter den Wahlkreisbewerbern der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	369
Tab. 23:	Reine Wahlkreis- und reine Listenkandidaten der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	370
Tab. 24:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Kandidatenaufstellung anhand der Bewertungskriterien	397

Tab. 25:	Differenz der Erst- und Zweitstimmenanteile der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	417
Tab. 26:	Quotienten der Erst- und Zweitstimmenanteile der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	418
Tab. 27:	Wahlkreisgewinne der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	421
Tab. 28:	Vergleich der Erst- und Zweitstimmenwerte der Bundestagsparteien in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013	424
Tab. 29:	Wahlkreise der Bundestagsparteien mit einem höheren Erststimmenwert als im bundesweiten Vergleich unter qualifizierten Voraussetzungen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 (Faktor 1)	426
Tab. 30:	Quotienten der Erst- und Zweitstimmenanteile der Bundestagsparteien in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013	429
Tab. 31:	Wahlkreise der Bundestagsparteien mit einem qualifizierten Erststimmenüberschuss im Vergleich zu den Zweitstimmenwerten bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 (Faktor 2)	432
Tab. 32:	Wahlkreise der Bundestagsparteien mit einem Personalisierungseffekt bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 (Kombination Faktor 1 und Faktor 2)	434
Tab. 33:	Erst- und Zweitstimmenmehrheiten in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013	436
Tab. 34:	Wahlkreise mit unterschiedlichen Stimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 2009	437

Tabellenverzeichnis

Tab. 35:	Wahlkreise mit unterschiedlichen Stimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 2013	438
Tab. 36:	Stimmenkongruenz und Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen seit 1990	439
Tab. 37:	Anteil der (Erststimmen-)Splittingwähler nach Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	441
Tab. 38:	Kombination der Erst- und Zweitstimmen (der Wähler der Zweitstimmenpartei) bei den Bundestagswahlen seit 1990	447
Tab. 39:	Kombination der Erst- und Zweitstimmen (der Wähler der Erststimmenpartei) bei den Bundestagswahlen seit 1990	450
Tab. 40:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Stimmgebung anhand der Bewertungskriterien	469
Tab. 41:	Nicht berücksichtigte Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen seit 1990	480
Tab. 42:	Notwendiger Zweitstimmenanteil für eine absolute Mandatsmehrheit bei den Bundestagswahlen seit 1990	481
Tab. 43:	Zweitstimmen- und Mandatsanteile der Bundestagsparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	482
Tab. 44:	Differenz zwischen den Zweitstimmen- und Mandatsanteilen der Volksparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	484
Tab. 45:	Proportionalität und Disproportionalität des Wahlsystems bei den Bundestagswahlen seit 1990	486

Tab. 46:	Notwendige Zweitstimmenanzahl zum Überwinden der Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen seit 1990	495
Tab. 47:	Notwendige Erststimmenanzahl zum Überwinden der Grundmandatsklausel bei den Bundestagswahlen seit 1990	497
Tab. 48:	Anzahl der Bundestagsfraktionen bei unterschiedlichen Sperrklauseln bei den Bundestagswahlen seit 1990	505
Tab. 49:	Nicht berücksichtigte Zweitstimmen bei unterschiedlichen Sperrklauseln bei den Bundestagswahlen seit 1990	507
Tab. 50:	Auswirkungen einer Deckelung der „Papierkorbstimmen“ auf fünf Prozent bei den Bundestagswahlen seit 1990	515
Tab. 51:	Auswirkungen einer Deckelung der „Papierkorbstimmen“ auf sieben Prozent bei den Bundestagswahlen seit 1990	516
Tab. 52:	Flexible Bundestagsgröße bei den Bundestagswahlen seit 1990	517
Tab. 53:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Sperrklauseln anhand der Bewertungskriterien	525
Tab. 54:	Summierte Erststimmen-, Direktmandats- und Zweitstimmenanteile der Volksparteien bei den Bundestagswahlen seit 1990	534
Tab. 55:	Überhangmandate nach Bundesländern und Parteien bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1987	536
Tab. 56:	Überhangmandate nach Bundesländern und Parteien bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2009	538

Tabellenverzeichnis

Tab. 57:	Klassische Überhangmandate nach Bundesländern und Parteien bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017	539
Tab. 58:	Überhangmandate in den alten und neuen Bundesländern bei den Bundestagswahlen seit 1990	541
Tab. 59:	Überhangmandate für CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen seit 1990	542
Tab. 60:	Zweitstimmen pro Bundestagsmandat von CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen seit 1990	543
Tab. 61:	Wirksamkeitsszenarien inverser Erfolgswerte bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2009	559
Tab. 62:	Auswirkungen verschiedener Ausgleichsverfahren am Beispiel der Bundestagswahl 2009	612
Tab. 63:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Überhang- und Ausgleichsmandate anhand der Bewertungskriterien	619
Tab. 64:	Wahlalter bei den Bundestagswahlen seit 1949	628
Tab. 65:	Anteil der Nichtwahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung bei den Bundestagswahlen seit 1969	640
Tab. 66:	Anteil der 0- bis 17-Jährigen und der 16- bis 17-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 1970 bis 2060	641
Tab. 67:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement Wahlalter anhand der Bewertungskriterien	678
Tab. 68:	Länge der Wahlperioden bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen	683

Tabellenverzeichnis

Tab. 69:	Wahlbeteiligung bei den Bundestags-, Landtags- und Europawahlen seit der deutschen Einheit	689
Tab. 70:	Analyse der Reformmöglichkeiten im Gestaltungselement zeitliche Rahmenbedingungen anhand der Bewertungskriterien	740

Abkürzungsverzeichnis

A-Drs.	Ausschussdrucksache
AfD	Alternative für Deutschland
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
B90	Bündnis 90
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BT	Bundestag
BvC	Registerzeichen: Beschwerden im Wahlprüfungsverfahren
BvE	Registerzeichen: Verfassungsstreitigkeiten zwischen Bundesorganen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BvF	Registerzeichen: Normenkontrolle auf Antrag von Verfassungsorganen
BvG	Registerzeichen: Verfassungsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern
BvH	Registerzeichen: Bund-Länder-Streitigkeiten
BvK	Registerzeichen: Landesverfassungsstreitigkeiten
BvR	Registerzeichen: Verfassungsbeschwerden, Kommunalverfassungsbeschwerden
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BWO	Bundeswahlordnung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CP	Comparative Politics
CPS	Comparative Political Studies
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DJI	Deutsches Jugendinstitut

Abkürzungsverzeichnis

DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DP	Deutsche Partei
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EJPR	European Journal of Political Research
ES	Electoral Studies
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz
GWP	Gesellschaft. Wirtschaft. Politik
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Ordnungsblatt
JEPOP	Journal of Elections, Public Opinion and Parties
JP	Journal of Politics
JZ	JuristenZeitung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LS	Leitsatz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSG	Negatives Stimmgewicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
PartG	Parteiengesetz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PS	Politische Studien
PVS	Politische Vierteljahresschrift
REP	Die Republikaner
RuP	Recht und Politik
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPSR	Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft
SSW	Südschleswiger Wählerverband

VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit
WEP	West European Politics
WKE	Wahlkreiseinteilung
ZA	Zentralarchiv
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfVP	Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

